

## **Bericht über eine Tagung des Instituts für Zeitgeschichte (München-Berlin) und des Deutschen Historischen Instituts (Washington, D.C.):**

### *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Der NATO-Doppelbeschluss in deutscher und internationaler Perspektive (26.-28.03.2009)*

Am 22. Oktober 1983 demonstrierten in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt etwa 1,3 Millionen für Frieden. Allein im Bonner Hofgarten versammelten sich eine halbe Million Menschen. Auch Bundeswehrsoldaten bekundeten – trotz Verbot – ihre Abneigung gegen eine Nachrüstung, die im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 verabschiedet wurde. Helmut Kohl meinte sich erinnern zu können, dass er – die Bonner Demonstration überfliegend – sich gefragt habe, ob er wirklich Recht und all die protestierenden Menschen Unrecht hätten. Dieses Datum, das eine wichtige Zäsur des Kalten Krieges darstellt, gerät zu Unrecht im „Gedenkjahr 2009“ in den Hintergrund: Als Gegengewicht zu neuen sowjetischen SS-20-Raketen und für den Fall eines Scheiterns der Rüstungskontrollverhandlungen mit der UdSSR beschloss die NATO vor dreißig Jahren das westliche Mittelstreckenpotential zu modernisieren. Dies hatte nicht nur auf internationaler Ebene unmittelbare Auswirkungen, sondern auch die innere Entwicklung europäischer und nordamerikanischer Gesellschaften war davon betroffen. Der NATO-Doppelbeschluss und der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan markieren die Wende von einer Ära weltpolitischer Entspannung hin zur neuerlich verschärften Ost-West-Konfrontation im „Zweiten Kalten Krieg“. Beiderseits des „Eisernen Vorhangs“ wurden zahlreiche Menschen durch das Friedensthema bewegt. Als Reaktion auf den Beschluss wurde in zahlreichen westlichen Gesellschaften innenpolitisches Protestpotential mobilisiert, welches sich in gesellschaftlichem Widerstand von einem bis dahin ungekannten Ausmaß in Form von Menschenketten, Sitzblockaden und Großdemonstrationen äußerte. Unter Einbeziehung neu zugänglicher Quellen und auf der Grundlage jüngster Forschungsergebnisse wurde anlässlich des 30. Jahrestages des NATO-Doppelbeschlusses diese historische Wegmarke auf einer vom Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und dem Deutschen Historischen Institut Washington, D.C. gemeinsam ausgerichteten, und von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung unterstützten, Konferenz beleuchtet. Dabei wurde der NATO-Doppelbeschluss im Sinne einer

konsequenter Internationalisierung der Zeitgeschichte in den transatlantischen, innereuropäischen und gesellschaftlichen Kontext eingebettet.

Die erste Sektion unter der Leitung von **Detlef Junker** war den politischen Entscheidungen und Reaktionen der Supermächte gewidmet. **Michael Ploetz** behandelte in seinem Vortrag die Rolle der Militärstrategien im Kalten Krieg auf beiden Seiten. Der Besitz der Kernwaffen ließ den Krieg zu einem ungeeigneten Mittel zur Fortsetzung der Politik werden. Dennoch haben Waffensysteme, Streitkräfte und Strategien im Kalten Krieg eine zentrale Rolle gespielt, denn es seien die militärischen Kräfteverhältnisse gewesen, die den antagonistischen Seiten politische Handlungsräume erschlossen oder verwehrten. Mit seinem Hinweis, dass die UdSSR während der Regierungszeit Jimmy Carters ihren Entspannungskurs zu ändern begann, relativierte er die übliche Annahme, dies sei erst durch Ronald Reagan erfolgt. **Klaus Schwabe** widmete sich der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses in den USA. In dem anfänglichen weltpolitischen Grundkonzept Reagans gab es eine unüberbrückbare Spannung zwischen dem Streben nach einer Politik der Stärke und den öffentlich bekundeten Hoffnungen auf eine allgemeine nukleare Abrüstung. Auf den Genfer Verhandlungen hätten die USA, so Schwabe, mit ihrem Null-Lösungs-Vorschlag den Sowjets nur Scheinverhandlungen angeboten, so dass das Scheitern dieser Gespräche und gleichzeitig die Behauptung der amerikanischen Grundposition ganz der ursprünglichen Verhandlungsstrategie entsprachen. Den späteren Erfolg der INF-Verhandlungen haben die USA nicht so sehr wegen inhaltlicher Konzessionen, sondern durch ihre Verhandlungstaktik in ähnlichem Maße wie die Sowjets ermöglicht. Die Regierung Reagan wurde zu dieser Korrektur bewogen, weil sie es mit einem zunehmenden Glaubwürdigkeitsverlust sowohl im Rahmen der NATO als auch gegenüber der Sowjetunion zu tun hatte. Die sowjetische Sichtweise erläuterte **Gerhard Wettig**. Er betonte, dass die sowjetische Politik in der Euroraketenfrage ohne das Prinzip der „zuverlässigen Sicherheit“, die auch im Falle eines Krieges erhalten bleiben musste, nicht zu verstehen sei. Die sowjetische Führung, die die westliche Grundvorstellung, Abschreckung verhindere den Atomkrieg, nicht teilte, sei überzeugt gewesen, für die Sicherheit des Westens sollte es genügen, dass die Sowjetunion aufgrund ihres sozialistischen Charakters „friedliebend“ sei und daher kein anderes Land bedrohe. Diese Prämisse ließ alle Aufrüstungsbemühungen defensiv erscheinen und erklärt,

warum der Kreml glaubte, auf dieser Grundlage eine Vereinbarung mit dem Westen erzielen zu können, sobald dort die aggressiven Kräfte ausgeschaltet waren.

In der zweiten Sektion fand das **Zeitzeugenforum** unter der Leitung von **Horst Möller** statt, das sich zu einer hitzigen Diskussion zwischen den Teilnehmern entwickelte, die nicht nur Zeitzeugen waren, sondern die Politik der betreffende Zeit aktiv mitgestaltet haben. Die Diskutierenden waren: **Hans-Dietrich Genscher**, Bundesaußenminister a. D.; **Karsten Voigt**, ehemaliger außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion; **Rainer Eppelmann**, „friedensbewegter“ Pfarrer und der letzte Verteidigungsminister der DDR; und **Antje Vollmer**, ehemaliges Mitglied der westdeutschen Friedensbewegung und eine der ersten Abgeordneten der Grünen im Bundestag. Genscher betonte die besondere Rolle der Bundesrepublik und insbesondere Helmut Schmidts bei der Entstehung des NATO-Doppelbeschlusses, während Voigt auf eine gewisse Vernachlässigung der Außenpolitik – sogar während der Regierungszeit – innerhalb der SPD hinwies. Zugleich erinnerte er an die differenzierten Debatten unter den Außenpolitikexperten, die über die militärische (nicht die politische) Notwendigkeit einer westlichen Nachrüstung alles andere als einig waren. Vollmer erklärte die oppositionelle Haltung der Friedensbewegung aus der deutschen Geschichte und der daraus erwachsenen Verantwortung heraus, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Eppelmann unterstrich die relative Isolation der ostdeutschen Friedensbewegung, die in erster Linie auf die innenpolitischen Vorgänge reagierte.

Die dritte Sektion unter der Moderation von **Joachim Scholtyseck** war dem NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher Perspektive gewidmet. **Tim Geiger** beleuchtete in seinem Vortrag die führende Rolle der sozial-liberalen Bundesregierung bei der Genese und Implementierung des Doppelbeschlusses. Die Haltung der regierenden Koalition sei sowohl auf die geopolitische Lage der Bundesrepublik als auch auf das Interesse der Deutschen am Fortführen der aktiven Entspannungs- und Ostpolitik zurückzuführen. Die entscheidenden Impulse - der Hinweis auf das massive Anwachsen sowjetischer Mittelstreckensysteme und das Drängen auf entsprechende Gegenmaßnahmen - gingen dabei von Helmut Schmidt aus. Der sozial-liberalen Regierung sei, so Geiger, außerdem der Umstand zu verdanken, dass beide Beschlusshälften, Modernisierung sowie Rüstungskontrollangebot, parallel und gleichrangig behandelt wurden. Trotz des Postulats der Nicht-Singularisierung habe die

Bundesrepublik die Führungsrolle an der Seite der USA übernommen, was die einheitliche Bündnisentscheidung ermöglichte und somit half, Funktionsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der NATO sicherzustellen. In seinem Vortrag beleuchtete **Andreas Rödder** den in der Forschung größtenteils vernachlässigten Vollzug der Stationierung der Pershing-II-Raketen bzw. Cruise Missiles und differenzierte die These, die Regierung Kohl/Genscher habe ganz aus Bündnissolidarität gehandelt. Obwohl die Regierungsparteien angesichts des Bündniszwanges gemeinsame Grundhaltungen geteilt hätten, die sich in der politischen Entscheidung für die Stationierung manifestierten, hätten sich aus diesen Grundlagen unterschiedliche Positionierungen ergeben: Westbindung als unhintergehbare Grundlage und oberster Bezugspunkt aller Außenpolitik in Verbindung mit dem Kalkül militärischen Gleichgewichts auf Seiten der Union, während die FDP eine differenziertere politische Linie verfolgte, die Westbindung *und* Entspannung, militärisches Gleichgewicht *und* Rüstungspolitik zu integrieren versuchte. Die Rolle des Doppelbeschlusses und der Nachrüstung für die SPD wurde von **Friedhelm Boll** und **Jan Hansen** beschrieben. Die Kritik an der Stationierungsentscheidung der NATO habe in den Jahren 1980/83 die sozialdemokratische Parteidiskussion immer stärker dominiert und machte diese zu einem innerparteilichen Problem, bei dem die SPD ihre eigene Spaltung hätte abwenden müssen. Es gelang der Partei jedoch nach dem Kölner Parteitag 1983, die Geschlossenheit in den eigenen Reihen wiederherzustellen und ihre politische Programmatik in Richtung einer „Sicherheitspartnerschaft“ weiterzuentwickeln. Weil die SPD die Raketendislozierung ablehnte, konnte das alternative Protestspektrum in den demokratischen Konsens der Bundesrepublik integriert werden, ohne dass es zu einer nachwirkenden Spaltung der bundesdeutschen Gesellschaft kommen musste. Die ostdeutsche Haltung zum NATO-Doppelbeschluss analysierte **Hermann Wentker**, der darauf aufmerksam machte, dass dieser Beschluss maßgeblich zu einer Verschiebung der ostdeutschen außenpolitischen Prioritäten beigetragen habe. Weil seit Mitte der 70er Jahre die deutsch-deutschen Beziehungen v. a. aus ökonomischer Hinsicht immer wichtiger wurden, versuchte die DDR-Führung dem Optionszwang zwischen Kooperation mit Bonn und Gefolgschaftstreue gegenüber Moskau auszuweichen, was ihr auf Dauer nicht gelang. Dennoch ließen sowohl die gesellschaftliche Stimmung als auch die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Bundesrepublik Honecker einen begrenzten Konflikt mit der Sowjetunion hinnehmen. Diese Politik versprach, so Wentker, nicht nur weitere finanzielle Unterstützung aus dem Westen, sondern bot auch die

Möglichkeit, die DDR als Friedensstaat zu profilieren und ihr mehr Gewicht zu verleihen. Auch wenn dies taktisch gut überlegt gewesen sei, konnte Honecker damit weder die Abhängigkeit von der Sowjetunion noch die mangelnde Legitimität der eigenen Herrschaft außer Kraft setzen.

Die vierte Sektion, welche von **Ursula Lehmkuhl** geleitet wurde, befasste sich mit den Friedensbewegungen in Ost und West. Anfang der 1980er Jahre gingen Millionen von Menschen auf die Straße – vornehmlich in West- und Osteuropa, um gegen den NATO-Doppelbeschluss zu protestieren. Nach Meinung von **Martin Klimke** war die Friedensbewegung in dieser Form das Ergebnis gegenseitiger transatlantischer Dynamisierung – als ein prägnantes Beispiel hierfür wurde Petra Kelly angeführt, die u. a. durch historisch gewachsene Verbindungen, personale und institutionelle Netzwerke, sowie durch eine auf den gesellschaftlichen Mainstream ausgerichtete Protestkultur befördert wurde. Weite Teile der Öffentlichkeit wurden erfasst und die politische Landschaft in vielen europäischen Ländern nachhaltig verändert. An der Angst der Menschen vor dem Wettrüsten der beiden Supermächte anknüpfend, konnte die Friedensbewegung – trotz erheblicher innerer Differenzen und Bruchlinien – eine breite Mobilisierung der Gesellschaft bewirken, habe jedoch ab November 1983 ihren Zenit überschritten, lautete die erste allgemeine Feststellung von **Helge Heidemeyer**. Er befasste sich vor allem mit dem Einfluss der DDR auf die westdeutsche Friedensbewegung, den er als ernstzunehmend – vor allem in der Beeinflussung der Stimmung und Meinungsbildung im Westen – darstellte, wobei der durchschlagende Erfolg ausgeblieben sei. Das primäre Ziel des DDR-Engagements bestand demnach darin, die NATO und den Friedenswillen des Westens als unglaubwürdig darzustellen und gleichzeitig den Ostblock als defensiv zu positionieren. In seinem Vortrag widmete sich **Detlef Pollack** den ostdeutschen Friedensgruppen, die sich zwar durchaus als ein kollektiver Akteur verstanden, doch keine einheitlich agierende und organisatorisch zusammenhängende soziale Bewegung gewesen seien, sondern ein locker miteinander vernetzter Verbund von spontan agierenden Gruppierungen. Obwohl die evangelische Kirche als Initiator der „Friedensbewegung“ in der DDR gelten könne, verfolgten die Kirchenleitungen und die Friedensgruppen unterschiedliche Strategien: Während die letzteren auf Provokation setzten, versuchte die Kirche, Konflikte mit der Staatsmacht so gering wie möglich zu halten, um die erlangten Handlungsspielräume – auf welche auch die Friedensgruppen angewiesen waren –

nicht zu gefährden. Trotz ihrer kritischen und provokativen Haltung gegenüber der DDR verstanden sich die Friedensgruppen, so Pollack, dennoch nicht als oppositionell und verblieben im vorpolitischen Raum.

Die sozialen Auswirkungen des Doppelbeschlusses standen im Mittelpunkt der fünften Sektion, die von **Ronald Granieri** moderiert wurde. Ausgehend von der zeitgenössischen Debatte über die Krise der Demokratie, innerhalb derer er die nukleare Aufrüstung verortete, betonte **Philipp Gassert**, dass die Auswirkungen der Atomwaffendiskussionen weit über die unmittelbaren Ergebnisse in der Politik hinaus reichten. Vielmehr hätten diese Debatten als ein Ventil zu breiteren Auseinandersetzungen über weitaus bedeutendere Sachverhalte in westlichen Gesellschaften bei deren Suche nach Orientierung und Sinn in einer Ära akzelerierten Wertewandels, ökonomischer struktureller Umbrüche, sozialer Transformationen und neokonservativer politischer Tendenzwenden gedient. In ihrem Beitrag beschrieb **Anja Hanisch**, wie der Versuch der SED an der Wende zu den 1980er Jahren eine Militarisierung von Staat und Gesellschaft voranzutreiben, und mit Hilfe von Sozial- und Konsumpolitik Systemloyalität zu stärken, dazu führte, dass gesellschaftliche Widersprüche eher aufgedeckt als beherrscht wurden. Die Selbststilisierung der DDR als Friedensstaat kollidierte mit dem fortgesetzten innenpolitischen Militarisierungskurs. Der staatlichen Friedenspolitik mangelte es aufgrund dieses Widerspruchs an Glaubwürdigkeit, die teilweise zur Entstehung unabhängiger gesellschaftlicher Friedensbemühungen führte. Im Bereich der Sozial- und Konsumpolitik konnte das fortgesetzte Wohnungsbauprogramm die Bedürfnisse der Bevölkerung nach Wohnraum nicht zufriedenstellen und die Intershops, in denen Waren gegen Westwährung angeboten wurden, offenbarten soziale Ungleichheiten in einer dem Anspruch nach egalitären Gesellschaft. **Wilfried Mausbach** analysierte die amerikanische Friedensbewegung und ihre Bedeutung für das Ende des Kalten Krieges. Die Atomwaffengegner erzeugten einen öffentlichen Druck, der Reagan zwang, die Verhandlungen früher als beabsichtigt aufzunehmen. Zudem schaffte es die Bewegung in Zusammenarbeit mit dem Kongress, einen Teil des Rüstungsprogramms deutlich zu beschränken. Die Ereignisse im Herbst 1983 bewirkten bei Reagan, der an eine Politik der Stärke glaubte, gleichzeitig aber Atomwaffen verabscheute, eine Prioritätenverschiebung und brachte ihn geistig teilweise durchaus auf eine Linie mit den Friedensaktivisten.

Die letzte Sektion unter der Leitung von **Beate Neuss** war den Debatten in den verschiedenen europäischen Ländern gewidmet. **Georges-Henri Soutou** erläuterte die französische Haltung bezüglich des Doppelbeschlusses und machte darauf aufmerksam, dass Paris, um das Abgleiten der Bundesrepublik in die Neutralität zu vermeiden, den Beschluss, vor allem den Nachrüstungsteil, grundsätzlich unterstützt habe. Wegen möglicher verhängnisvoller Auswirkungen der Verhandlungen habe Frankreich gleichzeitig eine gewisse Zurückhaltung an den Tag gelegt und am Primat seiner Unabhängigkeit in politischer und militärischer Hinsicht festgehalten. Da die französische Regierung sich den Gefahren des Abseitsstehens im Falle einer Neutralisierung der Bundesrepublik durchaus bewusst gewesen sei, gab es nur eine einzige Lösung in diesem Balanceakt: die Hinwendung zum transatlantischen Bündnis. Wegen der Abwesenheit von **Beatrice de Graaf** wurde ihr Vortrag zu den Niederlanden von Coreline Boot vorgestellt. Deutlich wurde, dass, obwohl die Stationierung von Atomwaffen in den Niederlanden nie zu Ende geführt wurde, die Niederländer stets ihre transatlantische Ausrichtung beibehielten. Weil **Leopoldo Nuti** nicht anwesend sein konnte, wurde sein Beitrag über Italiens Rolle beim NATO-Doppelbeschluss von Hermann Wentker präsentiert. Darin zeigte sich ein spannungreiches Zusammenspiel zwischen innenpolitischen Prozessen, die auf einer neuartigen politischen Konstellation nach den italienischen Wahlen von 1979 beruhten, und außenpolitischen Entscheidungen, die in langwierigen Auseinandersetzungen und Verhandlungen zwischen unterschiedlichen Positionen zustande kamen und zu einer aktiven Unterstützung der Raketenstationierung – auch im eigenen Land – durch die verschiedenen italienischen Regierungen führten. Wie **Beatrice Heuser** und **Kristan Stoddart** zeigten, war die Wahrnehmung der nuklearen Bedrohung in Grossbritannien eine sehr intensive, was sich vor allem in Filmen, etwa „When the wind blows“ (1986), ausdrückte. Auf Seiten der inoffiziellen politischen Akteure wurde der besondere Charakter der britischen *Campaign for Nuclear Disarmament* beleuchtet, die zwar viele Gemeinsamkeiten mit anderen Protestorganisationen Westeuropas hatte, jedoch auch eigenständige Merkmale aufwies. Die Militär- bzw. Verteidigungspolitik schwankte in den 1960er und 1970er Jahren zwischen der Betonung eigener Interessen und der Anlehnung an die USA, wobei letzteres oftmals ausschlaggebend wurde.

Die Abschlussdiskussion, moderiert von **Hans-Peter Schwarz**, stellte in den Mittelpunkt die Bedeutung des NATO-Doppelbeschlusses sowie seine Auswirkungen auf die Gesellschaft

und auf das Ende des Kalten Krieges. **Helga Haftendorn** betonte nochmals die Rolle von Helmut Schmidt bei den entscheidenden Schritten auf dem Weg zum Doppelbeschluss und fragte, inwieweit die Friedensbewegung eine Rolle in den Ereignissen von 1989 spielte, und ob die deutsche Wende bereits Anfang der 1980er Jahre absehbar gewesen sei. **Helmut Altrichter** verdeutlichte die sowjetische Wahrnehmung des von Krisen erschütterten Westens in den 1970er Jahren und zeigte die Veränderung der politischen Prioritäten in den 1980er Jahren auf, was nicht zuletzt an der Legitimations- und Führungskrise der Partei lag. **Eckart Conze** betonte, dass der NATO-Doppelbeschluss nicht nur eine Erfolgsgeschichte gewesen sei, und dass die Krisenhaftigkeit dieser Entwicklung stärker hervorgehoben werden müsse. Ohne Berücksichtigung dieses soziokulturellen Hintergrundes sei die Kraft der Friedensbewegung nicht zu erklären. **Jost Dülffer** erinnerte an die Absurdität des „nuklearen Zeitalters“ während des Kalten Krieges und an die enormen Ausgaben, die anderweitig hätten verwendet werden können. Er insistierte darauf, dass man die Zeit ab Ende der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre nicht auf den NATO-Doppelbeschluss, die Friedensbewegung und die damit verbundenen Entwicklungen reduzieren sollte. **Jeffrey Herf** stellte den NATO-Doppelbeschluss als einen zentralen Wendepunkt hin zum Ende des Kalten Krieges dar und unterstrich die unterschiedliche Wahrnehmung beiderseits des „Eisernen Vorhanges“ hinsichtlich der nuklearen Aufrüstung.

Die Konferenz zeichnete sich durch anregende und inhaltsreiche Beiträge und Diskussionen aus, was nicht zuletzt an der Teilnahme von Zeitzeugen lag. Zudem trugen die vielschichtigen – interdisziplinären und transnationalen – Perspektiven zur ungewohnten Wahrnehmung von vermeintlich bekannten Sachverhalten bei. Ein Band, der die Ergebnisse der Tagung zusammenfasst, ist für das Jahr 2010 geplant.

Anna Becker, Andreas Lotz